142. Zum Begriffe der Anknüpfung oder Unterhaltung von Beziehungen nach § 6 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juni 1914 (RGBl. S. 195) — SpionG. —
Ort der Tat.

Vereinigter II. und III. Strafsenat. Urtr. v. 24. Mai 1917
g. W. C. 60/16.

Der Angeklagte, schweizerischer Staatsangehöriger, ist des Verbrechens nach §§ 89, 90 Nr. 5, § 91 Abs. 2 StGB. oder eines Ver-

juchß dieses Verbrechens für nicht überführt erachtet, jedoch auf Grund des § 6 SpionG. verurteilt worden.

Aus den Gründen:

„Beziehungen, die die Mitteilung von Gegenständen oder Nachrichten der in § 1 SpionG. bezeichneten Art zum Gegenstand haben (§ 6 a. a. D.), hat der Angeklagte am 18. Februar 1916 in dem französischen Grenzort A. angeknüpft und am 28. desj. Mts. daselbst erneuert, gleichviel, ob seine Bereitschaft zur Spionage für Frankreich ernstlich gemeint war oder, wie nach dem schon Ausgeführten unterstellt werden muß, fälschlich vorgespiegelt wurde.

Um eine wirksamere Bekämpfung des Verrats militärischer Geheimnisse schon in den ersten Anfängen zu ermöglichen, soll § 6 eine strafrechtliche Handhabe gegen den Einwand des Spionageverdächtigen gewähren, daß sein Erbieten zu Ausspähung und Verrat solcher Geheimnisse nicht seiner wahren Willensmeinung entsprochen habe und das der Gegenseite etwa ausgelieferte Material erdichtet oder sonst wertlos gewesen sei. Es ist für die Schuldfrage gleichgültig, ob der Täter bei der Anknüpfung und Unterhaltung von Beziehungen zu dem Mittelsmann der ausländischen Regierung wirklich verräterische Absichten gegen das Deutsche Reich verfolgt hat oder nicht; das Gesetz erfordert — nach seiner sprachlichen Fassung, seinem Zwecke und seiner Entstehungsgeschichte — nicht, daß die Beziehungen die Mitteilung geheimzuhaltender Gegenstände oder Nachrichten, nach Absicht beider Teile, bezwecken, sondern nur, daß sie, äußerlich betrachtet, eine derartige Mitteilung zum Gegenstande haben, mag auch die Absicht des Täters nur dahin gegangen sein, sich für Dienste bezahlen zu lassen, die er in Wahrheit nicht leisten wollte.

Begr. z. Entwurf des Gesetzes S. 8, 12; vgl. auch den Kommissionsbericht S. 48/50, wonach ein Abänderungsvorschlag dahin, die Worte „zum Gegenstande“ zu ersetzen durch „zum Zwecke“, von dem Vertreter der Regierung als eine sachlich bedenkliche Einengung des Tatbestandes bekämpft wurde und nicht die Zustimmung der Mehrheit fand.

Die am 18. Februar in A. angeknüpften Beziehungen zum französischen Nachrichtendienst hat der Angeklagte demnächst im Inland weiter betätigt — und damit „unterhalten“ —, indem er sich am 22. Februar der ihm erteilten Weisung gemäß nach Frankfurt a. M.

begab, dort bis zum 26. blieb und während dieses Zeitraumes sich angelegen sein ließ, für die übernommene Berichterstattung geeignetes, wenn auch möglicherweise auf Täuschung der Auftraggeber berechnetes Material zu sammeln und so den Bericht, der dann auch tatsächlich am 28. Februar in A. erstattet worden ist, in der einen oder anderen Weise vorzubereiten.

Der zwischen Anknüpfung und Erneuerung der Beziehungen am 18. und 28. Februar in A. und ihrer Unterhaltung vom 22. bis zum 26. Februar in Frankfurt bestehende Fortsetzungszusammenhang läßt das gesamte einschlägige Verhalten des Angeklagten rechtlich als eine Handlung erscheinen, die sich, wenn auch nur zum Teil im Inland verübt, dieser Einheitlichkeit und Untrennbarkeit wegen ihrem ganzen Umfang nach als eine im Gebiete des Deutschen Reichs begangene Handlung (§ 3 StGB.) darstellt.“